

Unser Nachbar NSA

*Geheime Aktivitäten der US-Nachrichtendienste
in Deutschland*



11.-12. September 2015

**Hessischer Landtag - Medienraum
Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
(Eingang über die Grabenstraße)**

Veranstalter



Mitveranstalter



angefragt



Geleitwort

Spätestens seit den Enthüllungen des Whistleblowers Edward J. Snowden wissen wir: In der Realität unseres heutigen digitalen Zeitalters scheint vor dem US-Militärgeheimdienst NSA, seinem britischen Partner GCHQ und anderen in- und ausländischen Nachrichtendiensten nichts mehr sicher zu sein. Die NSA und ihre Partnerdienste überwachen u.a. mit ihren Ausspähprogrammen PRISM und XKeyScore weltweit verdachtsunabhängig die Mobilfunkkommunikation, den Internetverkehr, PCs und Telefondatenströme. Dies geschieht unter anderem in Kooperation mit den IT-Unternehmen Google, Apple, Facebook, Microsoft, durch in IT-Soft- oder -Hardware eingebaute „Hintertüren“, durch Anzapfen von Unterwasser-Glasfaserkabeln und durch unbefugtes Eindringen in Internet-Knotenpunkte. Die weltweite intensive US-Fahndung nach Edward J. Snowden als einem „hochkriminellen Landesverräter“ mit all ihren Begleiterscheinungen und die dies rechtfertigenden öffentlichen Erklärungen von US-Präsident Obama können nur so verstanden werden, dass dieser Whistleblower offenkundig empfindliche und für die US-Regierung und ihre Verbündeten peinliche Wahrheiten aufgedeckt hat.

Die US-Nachrichtendienste sind nach US-Recht befugt, über Nicht-US-Bürger, also auch über alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland „foreign intelligence information“ („ausländische Geheimdienstinformationen“) in weitestem Umfang zu erheben. Diese umfassen nach dem sog. FISA-Gesetz *alle „Informationen über eine im Ausland ansässige politische Organisation oder ein ausländisches Hoheitsgebiet, die sich auf die Durchführung der Außenpolitik der USA beziehen und, sofern sie eine US-Person betreffen, dafür erforderlich sind.“* Mit anderen Worten: Alle für die US-Außenpolitik hilfreichen Daten liegen im „Schussfeld“ der Spähangriffe der US-Dienste. Die dadurch gewonnenen riesigen Datenmengen werden augenscheinlich nicht nur außenpolitisch für US-Interessen, sondern auch für die weithin völkerrechtswidrige US-Kriegsführung mit Drohnen und für Wirtschaftsspionage genutzt.

Die deutsche Bundesregierung bestreitet bisher hartnäckig, dass Stellen deutscher Geheimdienste wie der Bundesnachrichtendienst (BND) bei den enthüllten Abhörpraktiken mit der NSA und anderen Diensten „unter einer Decke“ stecken oder im Ausland ähnlich vorgehen. In den letzten Monaten haben die „Tagesschau“ und andere Medien freilich mehrfach u.a. berichtet, der BND und der US-Geheimdienst NSA zapften gemeinsam den Internet-Knotenpunkt DE-CIX in Frankfurt am Main an. Jedenfalls sei dies bis 2007 der Fall gewesen. Das Frankfurter Drehkreuz ist riesig, die Infrastruktur unüberschaubar. Neben DE-CIX gibt es viele andere Möglichkeiten, Daten abzugreifen – unter anderem in dem riesigen US-Militärkomplex in Wiesbaden-Erbenheim und im US-Generalkonsulat in Frankfurt. Anfang Oktober 2014 ist zudem bekannt geworden, dass das deutsche Auswärtige Amt in den Jahren 2011 und 2012 über 110 US-Unternehmen gestattet hat, in Deutschland „analytische Dienstleistungen“ für die US-Streitkräfte zu erbringen. Dahinter verbirgt sich die Auswertung von Datennetzen.

„Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten.“

Dieser scheinbar plausible, letztlich aber unverschämte Satz ist – leider - Allgemeingut geworden und fördert die Duldungsstarre der Bürgerinnen und Bürger.

Man sollte zurückfragen: „Wenn ich nichts zu verbergen habe, warum wollt Ihr das dann wissen? Woher nehmt ihr Euch das Recht dazu?“

Zur Rechtfertigung der anlasslosen globalen Überwachungsmaßnahmen berufen sich NSA-Chef Keith Alexander und andere Offizielle immer wieder auf die notwendige Terrorismus-Abwehr. Seit dem 11.09.2001 seien auf diese Weise mehr als 50 Anschläge in 20 Ländern verhindert worden. Die in den USA erarbeitete und 2014 veröffentlichte Studie der parteiunabhängigen „New America Foundation“ unter Führung des Terrorismusexperten Peter Bergen ist nach Auswertung von 225 verfolgten Terrorfällen freilich zu dem Schluss gekommen: Die nachrichtendienstliche anlasslose Sammlung von Daten im Telefon- und Internetverkehr habe „bestenfalls in 1,8 Prozent der Fälle eine nachweisbare Rolle gespielt.“

Nachprüfbare Fakten, die einen gegenteiligen Schluss rechtfertigen könnten, wurden bisher weder von den US-Behörden noch von deutschen Stellen auf den Tisch gelegt. Das gilt z.B. auch für die Aufdeckung der geplanten Anschläge der sog. „Sauerland-Gruppe“ in Deutschland, die nach offizieller Darstellung durch Hinweise von US-Geheimdiensten verhindert werden konnten. „Der Spiegel“ und andere Medien berichten allerdings: Die „Sauerland-Gruppe“ war ihrerseits mit geheimdienstlichen V-Leuten durchsetzt, so dass man nicht weiß, wer „Koch“ und wer „Kellner“ war, wer also tatsächlich die „Fäden“ in der Hand hatte – durchaus ähnlich wie beim Münchener Oktoberfestanschlag und beim Treiben der NSU in Thüringen, Hessen, Bayern und anderswo.

Bürgerinnen und Bürger sind letztlich selbst „schuld“, wenn andere auf ihre persönlichen Daten so leicht Zugriff nehmen könnten – hört man nicht selten. Ein solches Argument ist eher zynisch, da eins klar ist: Der Schutz der Grundrechte ist unverzichtbar eine fundamentale Aufgabe und Verpflichtung der staatlichen Organe eines demokratischen Verfassungsstaates. Dafür sind sie da. Dem dürfen sie sich nicht entziehen. Darauf haben alle Bürgerinnen und Bürger nach unserem Grundgesetz einen verfassungsrechtlichen Anspruch. Staatliche Rechtsbrüche durch Tun oder Unterlassen können in einem demokratischen Rechtsstaat niemals akzeptiert werden.

Es geht dabei nicht nur um den Schutz von „Privatheit“, sondern vor allem um fundamentale Werte und Strukturen eines demokratischen Gemeinwesens. Das Demokratiegebot des Grundgesetzes findet sich nicht mit einer „Zuschauerdemokratie“ ab. Demokratische Meinungs- und Willensbildung, Partizipation und Mitbestimmung sind essentiell. Sie erfordern, dass sich Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum, in den Medien und auch „im Netz“ sichtbar machen, um Gehör zu finden und öffentliche Wirkung zu erzielen.

Für die „Obrigkeit“ „gläsern“ und „durchsichtig“ gemachte BürgerInnen trägt dagegen eine Demokratie nicht. Sie dürfen als der demokratische Souverän nicht „von oben nach unten“ mit Hilfe von Algorithmen und Datenbanken für staatliche Machtinstanzen berechenbar gemacht werden. Auf diesem Wege aber sind wir. Deshalb tut Aufklärung not: Wir müssen wissen, was beim Schutz unserer Grundrechte schief läuft.

Freitag 11. September 2015

19.00 - 22.00 Uhr | Öffentliche Veranstaltung

Einlass ab 18.00 Uhr

18.45 Videos zum Thema

- ◆ Grußwort: **Sven Gerich**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden (angefragt)
- ◆ Begrüßung und Moderation: **Otto Jäckel**, Rechtsanwalt in Wiesbaden und Berlin, Vorsitzender der IALANA

Referenten:

- ◆ **Marcel Rosenbach**, Journalist, Der Spiegel
Was wissen wir über die nachrichtendienstlichen Aktivitäten der NSA in Deutschland, speziell im Raum Frankfurt/Main, Wiesbaden und Mainz?
- ◆ **Christian Fuchs**, Journalist, Die Zeit
Zur Rolle des US-AFRICOMMAND in Stuttgart und der US-Base Ramstein beim Einsatz bewaffneter Drohnen
- ◆ **Wolfgang Nešković**, Richter am BGH a.D.
Geheimdienstkontrolle - ein makaberer Witz
- ◆ **Dr. Dieter Deiseroth**, Richter am BVerwG
Nachrichtendienstliche Aktivitäten und das Recht
- ◆ **John B. Emerson**, US-Botschafter
The position of the Government of the United States of America
(Absage per E-Mail: I would like to thank you on behalf of Ambassador John B. Emerson for your invitation to speak at the event in Wiesbaden on September 11 and 12, 2015. Unfortunately, Ambassador Emerson will not be able to take part because of a long-planned trip and thanks you very much for your understanding.)

Anschließend Diskussion mit den Referenten

Samstag 12. September 2015

Öffentliche Arbeitstagung „Nachrichtendienstliche Überwachung und ‚intelligenter‘ Krieg“

jeweils Inputreferate mit anschließender Diskussion

10.00 - 12.00 Uhr | 1. Block: Militärische Entwicklungen

- ◆ **Claudia Haydt**, IMI Informationsstelle Militarisierung
„Intelligenter“ Krieg
- ◆ **Dr. Rolf Gössner**, Rechtsanwalt, Internationale Liga für Menschenrechte
Wettrüsten im globalen Informationskrieg der Geheimdienste und schleichende Militarisierung der „Inneren Sicherheit“: Neue Sicherheitsarchitektur für den alltäglichen Ausnahmezustand?
- ◆ **Dr. Sandro Gaycken**, Senior Researcher Cybersecurity & Cyberstrategy / ESMT European School of Management and Technology
Nachrichtendienstliche Überwachung und „intelligenter“ Krieg

12.00 - 13.00 Uhr | 2. Block: Technologische Entwicklung

- ◆ **Prof. Dr.-Ing. Dietrich Meyer-Ebrecht**, Stellvertretender Vorsitzender des FlfF
Zur wissenschaftlich-technischen Basis der nachrichtendienstlichen Überwachungen
- ◆ **Prof. Dr. Stefan Katzenbeisser**, TU Darmstadt (Video)
Möglichkeiten und Grenzen des Schutzes der Privatsphäre durch Technik gegen nachrichtendienstliche Ausspäh-Risiken

Samstag 12. September 2015

13.00 Uhr - 14.00 Uhr | Mittagspause

14.00 - 16.30 Uhr | 3. Block: Handlungsoptionen

- ◆ **Martina Kant**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bericht über den NSA-Untersuchungsausschuss
(angefragt)
- ◆ **Wolfgang Nešković**, Richter am BGH a.D.
Der Geheimdienstbeauftragte - ein Irrweg? - Alternativen
- ◆ **Janine Wissler**, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE Hessen
Kritik an den Geheimdiensten

**Regionale, nationale und internationale Ansätze -
Vorschläge von:**

- ◆ **Gabi Gottwald**, Die Datenschützer Rhein-Main
- ◆ **Prof. Dr. Martin Kutscha**, Humanistische Union (HU)
- ◆ **Prof. Dr.-Ing. Dietrich Meyer-Ebrecht**, Forum
InformatikerInnen für Frieden (FIFF)
- ◆ **Manfred Hanesch**, Bündnis für Demokratie statt
Überwachung und Vereinigung Demokratischer Juristinnen
und Juristen, Darmstadt
- ◆ **Ronny Maritzen**, Bündnis 90/Die Grünen

16.30 Uhr | Schlussworte

Otto Jäckel, Rechtsanwalt in Wiesbaden und Berlin, Vorsitzender
der IALANA

Anmeldung und Kontakt

Anmeldung per E-Mail : kongress@ialana.de, Betreff: Nachbar
NSA

Anmeldung per Post an:

IALANA

Marienstr. 19/20

10117 Berlin

Tel: 030/20654857

Fax: 030/20654858

www.ialana.de

Kostenbeitrag: 25,- EUR / ermäßigt 5,- EUR (f. Studierende etc.)

Ankündigung

Whistleblower-Preisverleihung

am 16. Oktober 2015

In Karlsruhe

Die deutsche IALANA hat zusammen mit der Vereinigung deutscher Wissenschaftler (VDW) den Whistleblower-Preis gestiftet. Er wird vergeben an Persönlichkeiten, die – häufig unter Inkaufnahme beträchtlicher Risiken für Arbeitsplatz und Karriere – Missstände aufdecken und nach außen bekannt machen, die ihnen in ihrer dienstlichen oder amtlichen Tätigkeit bekannt geworden sind.